

Resigniert wird nicht!

Es sieht ganz so aus, als würden die Rodungen bald weitergehen. Nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes gegen das Volksbegehren werden sie wieder zuschlagen. Wieder werden viele tausend Polizisten und „Grenzschützer“ anrücken, und mit ihnen die Holzfäller.

Man wird wieder NATO-Stacheldraht durch unseren Wald ziehen und ein neues Stück Mauer bauen. Die Mauer wird stabiler sein. Die Polizei sicher taktisch klug vorgehen. Sie haben gelernt.

Viele Bürger fragen jetzt: Haben wir verloren? Ist noch was zu retten?

Jeder, der sich das betroffene Waldgebiet einmal ansah, wird die Frage, ob noch was zu retten sei, nicht stellen. Natürlich haben wir noch was zu retten. Noch steht dreiviertel des Startbahngeländes. Noch stehen sie, die alten Eichen, die mächtigen Buchen, die schlanken Kiefern. Noch zieht das Wild durch den verschneiten Wald. Noch kann man spazieren gehen, sich freuen, erholen.

Trotzdem, man fragt, wie es weitergehen soll. Widerstand ja, aber wie?

Hier muß man klar sagen, Patentrezepte gibt es nicht. Der Kampf gegen die Startbahn darf nicht nur im Wald geführt werden. Jeder muß mit seinen Möglichkeiten aufklären und informieren. Wir brauchen in ganze Hessen Bewegung. In den Betrieben, in den Kirchen, in den Schulen und Univer-

sitäten, in den Vereinen. Wir brauchen weiter phantasievolle Aktionen. Die Landtagsabgeordneten müssen besucht werden, Bürobesetzungen in den Parteizentralen sind denkbar, können Aufmerksamkeit erregen. Bei allem ist zu beachten, es müssen verständnis- und sympathieweckende Aktionen sein. Die Herren in Wiesbaden und Bonn, bei der FAG und den Militärs sollen merken — so leicht stecken wir nicht auf. Wenn man mit dem neuen Bauabschnitt beginnt, dann hilft alles nichts, dann müssen wir alle, wie am 6. Oktober 1980 erneut in den Wald ziehen.

Es gibt Chancen, daß wir vor der Polizei den Platz besetzen, daß wir die Möglichkeit haben, für längere Zeit die Rodungen zu verhindern.

Allè müssen wieder da sein, die Vertreter der Parteien, das Rathaus, die Arbeiter der örtlichen Betriebe, die Kirchenvertreter. Eben die Bevölkerung. Werden wir dann erfolgreich sein?

Ich kann heute nur sagen, was ich schon oft formuliert habe: Noch ist nicht aller Tage Abend. Die andere Seite gerät in Zeitnot. Im März beginnt die neue Vegetation, im September sind Landtagswahlen, die zu bewachende Fläche wird größer, die Mauer länger und die Polizei murr.

Noch ist nichts verloren. Wie bei einem Fußballspiel können auch hier in der letzten Minute Tore fallen.

Wer den Kopf hängen läßt, stimmt zu. Deshalb gilt: Resigniert wird nicht!

Rudi Hechler

Lieder gegen die Startbahn

2. Benefizkonzert der DKP Hessen

26. Januar 1982, 19.30 Uhr

Mörfelden-Walldorf, Stadthalle Walldorf

mit:

Zupfgeigenhansel

Eintritt: Vorverkauf 10,— DM, Abendkasse 12,— DM

ENTSCHEIDUNG GEGEN DIE BÜRGER!

Der Hessische Staatsgerichtshof hat das Volksbegehren für unzulässig erklärt. Die DKP sieht in dem Beschluß des Staatsgerichtshofes, der ohne mündliche Verhandlung hinter verschlossenen Türen herbeigeführt wurde, eine Entscheidung gegen die Bürger einer ganzen Region.

Der Staatsgerichtshof unterstützt damit Börner und die Landtagsparteien SPD, CDU, FDP, die schon vorher das Volksbegehren für verfassungswidrig erklärt hatten.

Der Beschluß des Staatsgerichtshofes ist nicht vereinbar mit der Hessischen Verfassung, in deren Artikel 116 der Volksentscheid ausdrücklich vorgesehen ist. Offensichtlich haben die parteipolitischen Bindungen der Richter an die im Landtag vertretenen Parteien zu einem solchen Urteil geführt. Das Urteil ist geeignet, alle jene Illusionen zu zerstören, die aus der Annahme hervorgehen, der Staatsgerichtshof könne dem Druck der an der Startbahn-West interessierten Kreise widerstehen. Stattdessen fällt er ein Urteil, das Banken und Konzerne, Militärstrategen, Landesregierung und etablierte Parteien längst vorher angekündigt und erwartet hatten.

Außerdem ist zu beachten, eine Befangenheit von Richtern ist zweifellos gegeben, wenn man weiß, daß im Herbst der Landtag diese Richter neu wählen wird. Die Mitwirkung einer Reihe von Richtern an diesem Beschluß ist für die Bürger des Flughafenumlandes unfaisbar. So hat die Richterin Sturm-Wittrock an vielen Verhandlungen gegen Startbahngegner teilgenommen. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, ein ehemaliger Heeresjustizinspektor des „Dritten Reiches“, scheint uns von seiner Vergangenheit her ebenfalls ungeeignet, neue soziale Bewegungen vorurteilsfrei einschätzen zu können.

Die DKP macht deutlich: Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist nur eine Entscheidung gegen das Volksbegehren. Sie hat nichts mit dem Kampf gegen die Startbahn-West zu tun. Der Kampf der Bürger verliert nichts an seiner Legitimation. Der Bau der Startbahn-West ist eine politische Entscheidung der Landesregierung, er kann mit politischem Druck und politischen Mitteln rückgängig gemacht werden. Der Kampf gegen dieses umwelt- und friedensgefährdende Projekt wird weitergehen. Die DKP wird sich auch in Zukunft aktiv an diesem Kampf beteiligen.

Atomwaffenfreie Zone

Die SDAJ-Mörfelden-Walldorf startete eine interessante Aktion unter dem Titel „Mörfelden-Walldorf muß atomwaffenfreie Zone werden“. Über diesen Vorschlag sollte man diskutieren. Dem einen oder anderen kommt diese Forderung sicher utopisch vor, aber man kann auf viele ähnliche Beispiele in England und Holland verweisen. Ja sogar die ehemalige sozialdemokratische Stadtverordneten-Mehrheit von Frankfurt am Main hatte dies schon beschlossen. Sollte die Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt dieser Initiative folgen, dann wäre dies eine politische Aktion von hohem Symbolwert. Die SDAJ, die schon mit Hinweisen an den Ortsschildern auf ihre Aktion aufmerksam machte, übergab der Presse folgende Erklärung:

„Die Ereignisse im Kampf der Bevölkerung gegen den Bau der Startbahn-West haben gezeigt, daß unsere Stadt an einem gefährlichen Schwerpunkt US-amerikanischer Militärinteressen liegt. Es ist mittlerweile eine Binsenweisheit geworden, daß der Bau der Startbahn vor allem auch militärischen Interessen dient und von den US-Streitkräften gefördert wird. Hier noch einmal die Fakten:

- Aus dem wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren ging hervor, daß die Startbahndecke nach US-militärischen Auflagen hergestellt werden soll.
- Das Magazin DER SPIEGEL schrieb am 5.3.79: „Sie (die USA) wünschen von ihren Bündnispartnern mehr Geld für den Bau von Nachschublagern und die Erweiterung von See- und Flughäfen.“
- Am 25.3.81 las man in der FRANKFURTER RUNDSCHAU zum sog. „Host Nation Support Program“: „Dieses Programm sieht vor, daß ab 1983 ... Flugplätze und andere militärische Einrichtungen zusätzlich in der Bundesrepublik für US-Verstärkungen im Verteidigungsfall zur Verfügung gestellt werden.“
- Die Manager-Informationsschrift FUCHSBRIEFE schreibt in ihrer Ausgabe Mai '81: „Zur umkämpften dritten Startbahn in Frankfurt hören wir aus zuverlässiger Quelle, daß die US Air Force auf dieser Kapazitätsausweitung besteht und drängt.“
- Im September 1981 fand ein Mörfelder Bürger auf dem Sperrmüll (!) mehrere Bedienungsanleitungen für die Atomrakete Pershing I. Sie waren an ein ‚Pershing Modification Team‘ auf der Rhein Main Air Base bestimmt.

Haschwolken bei Atomraketen

Das alles beweist nicht nur die direkte Beteiligung der US-Streitkräfte an der Durchsetzung der Startbahn-West, son-

dern auch die Sorglosigkeit der USA im Umgang mit Vernichtungswaffen. Die Gefahr ist sehr greifbar, wenn man ein Zitat des Kommandeurs des Strategic Air Command, General Ellis liest: „Ich will keine Betrunknen oder Drogenköpfe herumlaufen sehen, wo unsere Nuklearwaffen gelagert sind.“ Der General weiß, wovon er redet. Die illustrierte STERN berichtete am 19.2.81: „Bei schönem Wetter liegen sie gerne im Schatten der Raketen... Bisweilen kräuseln sich dann Haschwölkchen an den Projektilen empor.“ Und eine Untersuchung des amerikanischen Kongresses ergab, daß 42,3 % der befragten Matrosen und Soldaten während des Dienstes Alkohol oder Drogen zu sich nehmen.

Aber auch die führenden Repräsentanten der USA spielen mit dem Feuer des Krieges: Der Außenminister Haig prägte den Ausspruch, daß es „Wichtigeres gibt, als in Frieden zu leben“. Der ehemalige Befehlshaber der atomaren französischen Mittelmeerflotte, Admiral Sanguinetti, berichtete in einem Zei-

LIEDER GEGEN DIE STARTBAHN

Die DKP überwies jetzt 5.580 DM an die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren.

Dies war der Erlös aus dem Dezember-Benefiz-Konzert mit Hannes Wader in Groß Gerau. Weitere DKP-Unterstützungskonzerte sind in Vorbereitung. So spielen am 26.1.1982 „Zupfgeigenhansel“, Renate Fresow und Lerryn in der Stadthalle Walldorf.

Für März ist eine große Rockveranstaltung mit „Floh de Cologne“ vorgesehen.

tungsinterview über ein Gespräch mit hohen US-Offizieren: „In aller Öffentlichkeit erklärten sie mir: ‚Schauen Sie, ich bin überzeugt, eines Tages werden wir Amerikaner über die Zerstörung Europas nachdenken müssen. Denn Sie hier sind bei weitem unser schärfster Konkurrent.‘“

Daß die USA die Führbarkeit und Gewinnbarkeit eines Kernwaffenkrieges in Mitteleuropa ins politische Kalkül ziehen, beweisen die berüchtigten Aussagen Präsident Reagans zu diesem Thema und die Spekulationen über einen „Nuklearen Warnschuß“ in der internationalen Presse. Gestützt werden diese Befürchtungen über die Kriegspolitik der USA durch ehemalige hohe NATO-Offiziere wie Admiral Nino Pasti (Italien), Gert Bastian (BRD) und Antoine Sanguinetti (Frankreich), die sich der Friedensbewegung angeschlossen haben und nicht müde werden, vor den Bestrebungen der USA zu warnen.

Der Tod im Oberwald darf nicht vergessen werden

Im Oberwald befindet sich ein Munitionslager der US-Streitkräfte, von dem mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden muß, daß dort ABC-Waffen lagern. Mehrere außerparlamentarische Initiativen der Stadt Mörfelden zur Offenlegung des Zweckes dieses Lagers blieben unbeantwortet. Als im Jahre 1979 ein Waldbrand auf das Gelände des Lagers übergriff, konnte er von den Feuerwehren wenige Meter vor einem der Bunker zum Stehen gebracht werden. Über den Umfang der Gefahr konnten nur Vermutungen angestellt werden. Das Schweigen der US-Behörden gibt jedoch zu den schlimmsten Befürchtungen über die Art der dort gelagerten Munition Anlaß.

In England und Holland wurden Beispiele geschaffen

Bisher haben 50 englische Städte, darunter Coventry, das 1940 von der Nazi-Luftwaffe ‚ausradiert‘ worden war, Nottingham und Manchester ihr Stadtgebiet zur „Atomwaffenfreien Zone“ erklärt. Der Lord Mayor von London befürwortet ebenfalls einen solchen Status für seine Stadt. In Holland gibt es ähnliche Beispiele. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt beschloß im Jahre 1958, sich allen Plänen zur Stationierung von Atomwaffen auf dem Boden der Stadt zu widersetzen. Es sollten keine städtischen Grundstücke zur Verfügung gestellt werden und Versorgungsleistungen abgelehnt werden.

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterju-



gend greift diese Beispiele auf und tritt dafür ein, daß sich unsere Stadt zur Atomwaffenfreien Zone erklärt. Wir werden im Januar '82 weiter Unterschriften unter den „Krefelder Appell“ sammeln, der die Bundesregierung auffordert, ihre Zustimmung zur Stationierung von 572 neuartigen Atomraketen vom Typ Pershing II und Cruise Missiles zurückzuziehen. Dieser Appell wurde bisher von über 2 Millionen Bundesbürgern

unterzeichnet, davon weit über 2000 Bürgern unserer Stadt. Wir werden dem Stadtparlament unserer Stadt einen Antrag vorlegen, der die Stadt auffordert, sich zur Atomwaffenfreien Zone zu erklären. In mehreren Aktionen werden wir die Bürger dieser Stadt über die Gefahr aufklären, die von der US-Politik ausgeht und die unsere Stadt schon in Friedenszeiten bedroht. Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden.“

Kapazitätsbeschaffung?

So unnötig wie ein Kropf sind „Tagesflüge“ nach Nürnberg. Das Anzeigen-Blättchen „Blitz-Tip“ fiel schon öfter durch forsche Attacken gegen Startbahn-Gegner auf. Mittlerweile scheint das Blatt mit seinem „Tagesflug“ auch noch die sinkenden Flugzahlen abfangen zu wollen.

Die BLITZ-TIP-Geschenkidee!!!

Am 1. Mai 1982

Tagesflug nach Nürnberg

nur DM 99,-

Leistungen: Hin- und Rückflug mit Condor (DC 10), Transfers, 2-stündige Stadtrundfahrt und Essenscoupon DM 10,-

Buchung/Information:
Blitz-Tip-Reiseshop
 I. He. reisekonz GmbH
 Marktstraße 22
 6090 Rüsselsheim
 Telefon 0 61 42 / 6 30 37



Der „Rotstift“ trifft die Falschen!

Rudi Hechler gab für die DKP-Fraktion bei der Haushaltsplanberatung die Grundsatzerklärung ab. In der Stadtverordnetenversammlung sagte er u.a.:

Bei der Diskussion dieses Haushaltes spürten wir mehr als jemals zuvor den Zusammenhang von „großer“ und „kleiner“ Politik. Sicher haben auch andere Stadtverordnete manchmal daran gedacht, daß wir uns hier um 1.000 DM streiten, gleichzeitig aber Millionen für Polizeieinsätze, Hunderttausende für Zeitungsanzeigen eines Ministerpräsidenten ausgegeben werden. Während wir uns in den Ausschüssen über Minimalausgaben die Köpfe heiß redeten, wurden in Bonn erneut gravierende Massenbelastungen beschlossen. Und, es fällt schwer, angesichts der Gefährdung des Friedens, über „Begrünungsmaßnahmen“ in unserer Stadt zu reden. Trotzdem, wir stellen uns als gewählte Stadtverordnete den örtlichen Aufgaben, wir warnen aber davor, Kommunalpolitik, die örtliche Parlamentsarbeit, als Flucht zu sehen. Ein Kommunalpolitiker taugt keinen Schuß Pulver, wenn er sich ausschließlich um die „städtischen Kanaldeckel“ kümmert, wenn er nur bis an die Gemarkungsgrenzen denkt. In diesem Hause hat es, meine Damen und Herren, durch breite außerparlamentarische Bewegungen große Veränderungen gegeben. Es wäre fatal, wenn Teile der Bewegung, sich so in der Parlamentsarbeit verschleißen würden, daß sie dem außerparlamentarischen Kampf gegen die Startbahn-West, für Frieden und soziale Gerechtigkeit nicht mehr zur Verfügung stünden.

„Diskutieren derft er, geännert werd nix!“

Mehr als jemals zuvor, war diesmal jede Möglichkeit genommen, etwas mitzugestalten. Wir verstehen zwar die komplizierte Lage der SPD, müssen es aber trotzdem ganz offen sagen: durch die Absprachen mit der „Grünen Bürgerliste“ wurde jeder Änderungswunsch auf eine außerordentlich undemokratische Weise blockiert. In den Ausschüssen galt die Devise: „diskutieren derft er noch, awwer geännert werd nix!“

Wenn diese „Absprache-Politik“ zum politischen Arbeitsstil der nächsten Monate werden sollte, dann prophezeien wir harte Auseinandersetzungen in diesem Parlament, aber auch weitere Zerwürfnisse in politischen Gruppierungen dieser Stadt. Dieser Haushalts-Entwurf, meine Damen und Herren, wurde bereits vielfach klassifiziert.

Die CDU nannte ihn ein „taktisches Meisterwerk“ und wird ihn ablehnen, die „Grüne Bürgerliste“ meinte, er sei ein „finanzpolitisches Täuschungsmanöver“ und wird zustimmen. Bei den Verhandlungen zwischen SPD und „Grüner Bürgerliste“ ging die SPD so meinte ein Kommentator, als „Sieger“ hervor. Ohne werten zu werten, ob es einen Sieger gab, muß man feststellen, es gibt „Verlierer“. Zu den Verlierern gehört die Jugend, die in Walldorf immer noch kein gescheites Jugendzentrum hat, gehören junge Ehepaare, die Hort- und Krippenplätze benötigen. Dafür haben wir kein Verständnis.

„Sparen ja – verschieben nein!“

Die „Kommunalen Spitzenverbände“ forderten im November: „Sparen ja, verschieben nein!“

Bei uns wird nicht nur verschoben, bei uns werden eine Reihe notwendiger sozialer Einrichtungen mit dem Umwandeln in Prüfungsanträge über Jahre hinaus verschleppt. Bleiben wir als Beispiel bei dem von uns geforderten Kinderhort in Walldorf. Zur Zeit gibt es in Mörfelden 30 Hortplätze. Bei einem Neubau, der noch auf dem Papier steht, würden 40 Hortplätze geschaffen, der alte Hort würde aufgelöst. Es werden irgendwann also 10 Hortplätze mehr sein. Es gibt aber heute schon 45 Anmeldungen, die nicht berücksichtigt werden können. Was soll also dieser jetzt angeforderte Bericht über den „Ist-Zustand“, die „Einnahme-Situation“, den „Bedarf“. Der Bedarf ist vorhanden. Solche Prüfungsanträge sind Verschleiерungsmethoden, man will die „Kuh“ für ein Jahr „vom Eis haben“.

Wir sagen: Was notwendig ist, muß geschaffen werden, billiger wird nichts!

Bei der Jugend wird gekürzt

Nehmen wir die vorgesehenen Kürzungen im Jugendbereich. Jeder Stadtverordnete erhielt die Briefe der Stadtjugendringe. Hier heißt es u.a.: „In einer Zeit, wo Jugendarbeitslosigkeit, Jugendkriminalität, steigende Zukunftsangst der jungen Generation zunimmt, ist es verantwortungslos, diese schon knapp bemessenen Mittel weiter zu streichen. Gerade jetzt“, so heißt es weiter, „braucht die Jugend die hilfreiche Hand der politischen Verantwortlichen. Wir bitten Sie, diese Mittelkürzungen nicht vorzunehmen.“

Für uns sind solche Mahnungen ernste Verpflichtung, dies sollte auch bei den anderen Fraktionen so sein.

Eine ähnliche Kürzung, die im Grunde ausser Ärger bei den Betroffenen, kaum was bringt, soll die Stadtdienststellen treffen. Wenn man hier 2.000 DM kürzt, dann betreibt man Sozialabbau und benimmt sich wie jeder x-beliebige kapitalistische Betrieb.

Konzeptionen fehlen

Komplizierter wird es bei Fragen, bei denen tatsächlich Konzeptionen fehlen, so etwa im Bereich der Stadtgestaltung oder bei den geplanten Verkehrslösungen. Vor einigen Jahren schon, forderten wir die Anbindung der Industriestraße an die B 44, um die Kreuzung Luley zu entlasten und dadurch zur Verkehrsberuhigung beizutragen. So sind wir auch nicht gegen die Absicht, Grundstücke in diesem Bereich zu kaufen, Planungen vorzunehmen, die dieses Ansinnen realisieren. Jedoch bitten wir zu bedenken, daß mit diesem Antrag eine Entscheidung getroffen wird, die erst in einigen Monaten mit der Diskussion um den Generalverkehrsplan anstehen wird. Mit der Ermächtigung zum Grundstückskauf für die Querspange gilt das gleiche. Es scheint uns problematisch, hier und heute Fakten zu schaffen, obwohl die Thematik noch nicht ausdiskutiert ist.

Haben wir denn zigtausende Mark zum Fenster hinausgeworfen für eine Verkehrsplanung, die dann nicht einmal mehr Diskussionsgrundlage mehr sein kann?

Ist es richtig, heute für eine Straße Grunderwerb zu realisieren, zu deren Notwendigkeit laut Planungsbüro Retzko erst ab 50.000 Einwohnern Bedarf besteht?

Wir haben und das sagen wir hier einmal ganz offen, noch keine abschließende Meinung zum Thema „Nordumgehung“. Wir meinen jedoch, daß man das jahrelange Ringen um zukünftige Straßenführungen nicht mit einer leichten Handbewegung beiseite schieben kann!

Wir wollen hier nicht mehr auf alle Einzelpunkte der Ausschüßberatungen eingehen.

Der größte Hunde-Klo in Mörfelden

Daß man unseren Antrag, die Wüstenei hinter den Sporthallen in Mörfelden in Ordnung zu bringen, niederbügelte, fanden wir sehr interessant.

Einstmals wollten dies auch Sozialdemokraten, – nun aber scheint der Platz, auf dem man noch über alte Spargelbalken stolpern kann, auf Dauer als Koalitionsruine festgeschrieben zu sein.

Für die nächste Stadtwerbung schlagen wir jedenfalls den Satz vor: „Durch eine neuartige politische Konstellation im Stadtparlament verfügt man jetzt mitten in der Stadt über einen riesigen Hunde-Klo!“

Man verwaltet die Krise

Wenn wir diesen Haushalt insgesamt sehen, dann haben wir den Eindruck, daß man sich im wesentlichen den Gegebenheiten fügt – man verwaltet die Krise.

Dabei kommt eine Unbekümmertheit zu Tage, über die man nur den Kopf schütteln kann.

Da wollte die SPD eine Erhöhung der Kindergarten- und Kinderhortbeiträge um jeweils 10 DM. Erschreckend ist die Leichtigkeit, mit der solche Erhöhungen begründet werden. Na, die zehn Mark werden doch keinen umwerfen. Auch bei der Erhöhung der Grundsteuer: Einem Hausbesitzer werden doch 10 bis 15 Mark im Jahr mehr zuzumuten sein. Einen Hundehalter wird man doch mit 36 Mark mehr im Jahr belasten dürfen. Solche Denkweisen und Handlungen sind unsozial, wir werden sie nicht kampfflos hinnehmen.

Man könnte meinen, die Sozialdemokraten

dieser Stadt, wüßten nicht, was Sozialdemokraten in Bonn dem arbeitenden Volk, der lernenden und studierenden Jugend, durch ihre Rotstiftpolitik gerade aufbürden. In der „Wirtschaftswoche“ konnte man jetzt lesen: „Die Preise kletterten um durchschnittlich 6,5 Prozent, so daß die deutschen Arbeitnehmer erstmalig seit 30 Jahren Einkommensverluste von wenigstens 1,5 Prozent verkraften mußten.“

Und wissen muß man auch, am Ende der diesjährigen Tarifrunde wird bei der 7,5 %-Forderung der IG Metall nicht einmal die Sicherung des Reallohnes stehen.

Wenn wir also auch im kommunalen Sektor bedenkenlos den Gebührenerhöhungen das Wort reden, dann tragen wir dazu bei, daß alle Lasten den „kleinen Leuten“ aufgebürdet werden.

Wo soll das Geld herkommen?

Wenn es im Artikel 28 des Grundgesetzes heißt: „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft ... in eigener Verantwortung zu regeln“. Dann müssen wir ständig darum ringen, daß dieser Artikel 28 auch verwirklicht werden kann.

Wir meinen, daß in diesem Stadtparlament, wo sich der Unmut bereits in Protestresolutionen artikuliert hat, der richtige Weg besprochen wurde:

Es darf aber nicht dabei bleiben. Wir brauchen den Druck der breiten Öffentlichkeit. Es muß deutlich werden, woher die Finanzen kommen müssen.

- Wir wollen eine höhere Besteuerung der großen Einkommen, der Millionenvermögen und Dividendenbezüge.
- Notwendig ist der Abbau aller Steuerprivilegien, die Verhinderung der Steuerflucht ins Ausland, die energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, die nach einer Aussage des Freiburger Max-Planck-Instituts einen jährlichen Schaden von 40 Milliarden DM verursacht.
- Wir sind für die Gewerkschaftsforderung nach gläsernen Taschen für die Unternehmer.
- Und wir bleiben auch bei der alten Forderung der Arbeiterbewegung nach Senkung der Rüstung.

Leider werden solche konkreten Forderungen heute im wesentlichen nur von der DKP vertreten.

Sie sollten auch von den Kommunalpolitikern anderer Parteien aufgegriffen werden.

Legitimer Protest

In den vergangenen Wochen wurden wir oft gefragt, ob wir den Haushalt in diesem Jahr nicht mitbeschließen wollten.

Wir haben dabei im wesentlichen geantwortet:

Wir lehnen diesen Haushalt ab, weil wir so unser prinzipielles Nichteinverständnis zu einem System zum Ausdruck bringen können, das nicht genügend Mittel zur Verfügung stellt, für die Alten, die Kinder, die Jugend, die Kranken und für die arbeitenden Menschen.

Unsere Ablehnung ist prinzipieller Art — ist ein legitimer Protest. Wir hoffen, daß unser Abstimmungsverhalten wenigstens von einigen Stadtverordneten in diesem Hause und von den Bürgern unserer Stadt verstanden wird.

Abgelehnt!

Die Anträge der DKP zum Haushalt '82 wurden in der Mehrheit abgelehnt. Die CDU enthielt sich bei allen Abstimmungen zu Einzelanträgen. Die Mehrheit von SPD und Grüner Bürgerliste brachte folgende DKP-Anträge zu Fall:

Keine Kürzung bei Neuanschaffung von Büchern für ausländische Mitbürger

Durch kosmetische Trick wurde der Haushaltsentwurf derart geändert, daß die beiden Positionen (Bücher in deutscher Sprache und Bücher in Fremdsprachen) zusammengelegt wurden. Die Kürzung blieb bestehen.

Mittel für Jugendhilfe

Unser Antrag sah die Ansätze wie 1981 vor. Abgelehnt!

Jugendzentrum Walldorf

Unser Antrag sah die Aufnahme von Planungen für ein neues Jugendzentrum im Walldorf vor. Abgelehnt!

Kinderhort in Walldorf

Unser Antrag sah die Einrichtung (auch Mietobjekt als Übergangslösung) eines Kinderhortes im Stadtteil Walldorf vor. Abgelehnt!

Verfüugungsmittel für Bürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher

Unser Antrag sah die Kürzung um je 4000 DM auf je 10.000 DM vor. Eine geringere Kürzung wurde beschlossen.

40.000 DM für Stadtgestaltung

Die Mittel sollen zur Renovierung alter Häuserfassaden und Begrünungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Abgelehnt!

Grundsteuererhöhung

Unser Antrag plädierte für die Beibehaltung der seitherigen Höhe. Abgelehnt!

Hundsteuererhöhung

Unser Antrag plädierte für die Beibehaltung der seitherigen Höhe. Abgelehnt!

Gestaltung des Platzes hinter den Sporthallen Mörfelden

Unser Antrag sah die Gestaltung (Planung, Baumanpflanzung etc.) vor. Abgelehnt!

Der Haushalt '82 wurde diesmal nur durch das Zusammengehen der „Bürgerliste“ mit den vorher so bekämpften Sozialdemokraten über die Runden gebracht.

Auf der Strecke blieben fast alle DKP-Anträge, für junge Ehepaare, für ältere Menschen, für die Jugend. Nach diesen neuen Erfahrungen wird es für die Bürger unserer Stadt interessant sein, das künftige Auftreten vor allem der „Grünen Bürgerliste“ im Stadtparlament zu beobachten.

„... und nichts wird vergessen!“

Im Februar 1982 erscheint ein neues

„blickpunkt“-Buch mit dem Titel

„... und nichts wird vergessen!“.

Das Buch dokumentiert den Kampf der Bürger gegen die Startbahn West mit vielen Fotos.

Zur Diskussion gestellt

Im Dezember „blickpunkt“ druckten wir einen „Offenen Brief“ ab, indem die DKP ein Bündnisangebot unterbreitet. Wir schrieben im „blickpunkt“:

„Unser Land ist in Bewegung. Nie gab es so viele Kundgebungen und Demonstrationen, nie gab es soviel Bedrohung. Die Menschen unserer Stadt erleben dabei vielleicht am deutlichsten, wie rigoros man sich über ihre Interessen hinwegsetzt. Viele denken darüber nach, wie künftige Wahlentscheidungen aussehen könnten. Dabei ist den meisten klar, Börner, Dregger, Gries kann man diesmal nicht wählen. Wie aber soll der Denkkzettel bei der Landtagswahl im September 1982 aussehen?

Viele Bürger sagen in Gesprächen, es ist wichtig, wenn es im kommunalen Wahlkampf kein „Gegeneinander“ gibt, es wäre gut, wenn alle, die gemeinsam gegen die Startbahn-West kämpfen, auch gemeinsam gegen diese Landesregierung antreten würden.“

Mittlerweile führten wir zu diesem Thema viele Diskussionen, wir erhielten Briefe und Stellungnahmen. Um den Standpunkt der DKP zu verdeutlichen, führten wir mit Dr. Ellen Weber, der DKP-Vorsitzenden von Hessen, nachfolgendes Gespräch.



„blickpunkt“: Ist ein Bündnis zur Landtagswahl am 26. September 1982 machbar?

Ellen Weber: Ob und wann Wahlbündnisse zweckmäßig sind, muß immer konkret entschieden werden. Oberster Grundsatz muß dabei die Beantwortung der Frage sein: Kann man sich auf ein gemeinsames politisches Minimalprogramm einigen, das die wichtigsten aktuellen Fragen im Interesse der Bürger enthält?

Aus unserer Sicht wäre das heute die Verhinderung der Startbahn-West, der Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen Umwelt. Keine WAA und der Verzicht auf den Bau von Block C in Biblis. Es wäre weiter der Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung und den Sozialabbau, sowie die Verteidigung der Rechte der Jugend, der Frauen und die Durchsetzung der verfassungsmäßigen Rechte. Wichtig wäre eine gemeinsam ablehnende Haltung zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in unserem Land.

Diese Vorschläge sind natürlich nur eine Anregung. Ein Wahlbündnis, das nur einen

Punkt als programmatische Grundlage wählen würde — z.B. keine Startbahn-West — entspräche nicht der politischen Herausforderung.

„blickpunkt“: Wer sollte bei einem solchen Bündnis mitmachen?

Ellen Weber: Wenn wir von einem Wahlbündnis aller demokratischen und linken Kräfte sprechen, dann meinen wir damit keinesfalls nur die Grünen. In den heutigen außerparlamentarischen Auseinandersetzungen sind die vielseitigsten Kräfte engagiert. Die 150.000 Bürger, die am 14.11.1981 in Wiesbaden demonstrierten, oder die 220.000 Unterzeichner des Antrags auf ein Volksbegehren sind keinesfalls einer politischen Gruppe, Partei oder Richtung zuzuordnen. Genausowenig sind die Kolleginnen und Kollegen, die bei Enka, VDM und Adler Widerstand gegen die Vernichtung ihrer Betriebe bzw. ihrer Arbeitsplätze leisten, als Grüne einzusortieren. Beim Wahlbündnis müssen alle gemeint sein, die nicht bereit sind, die Politik der Landtagsparteien in Regierung und Opposition widerstandslos hinzunehmen. Und wie breit die Bewegungen heute sind, wißt ihr in eurer Stadt ja am besten.

„blickpunkt“: Wie steht es mit dem Argument: ein linkes Wahlbündnis wäre Wasser auf die Mühlen Dreggers? Spielen die Bedenken der Wähler, die die SPD nochmals als kleineres Übel betrachten würden, diesmal keine Rolle?

Ellen Weber: Mit der Theorie vom kleineren Übel konnte man den politischen Problemen noch nie Herr werden. Tatsache ist, daß Holger Börner in Wiesbaden ebenso wie Ekkehard Gries eine antidemokratische, an Kapital und NATO-Interessen orientierte Politik betreiben. Die Art und Weise, wie die Startbahn-West erzwungen werden soll, die Mißachtung des demokratischen Bürgerwillens im Zusammenhang mit dem Volksbegehren, die Praxis der Berufsverbote, die Arbeitsplatzvernichtung in Hessen, die Rotstiftpolitik vor allem auch im Bereich der Bildungspolitik, der Rückgang des sozialen Wohnungsbaues und viele Probleme mehr, haben zur Folge, daß immer mehr Mitbürger, Nachbarn und Kollegen die Frage diskutieren, wie eine andere Politik

durchgesetzt werden könnte. Ich sehe mit großer Sorge, daß die SPD in der Regierungsverantwortung mit ihrer antidemokratischen, kapitalhörigen Politik den Rechtskräften Einfluß und Wähler zutreibt. Das zu ändern ist Sache der Sozialdemokraten selbst. Das Problem zu lösen würde bedeuten, eine andere, an Bürgerinteressen orientierte Politik zu machen. Der CDU darf jedenfalls kein enttäuschter Wähler überlassen werden. Die berechtigte Unzufriedenheit darf nicht rechts zu Buche schlagen. Sie muß die Linke stärken. Gerade das könnte durch ein demokratisches Wahlbündnis erreicht werden.

„blickpunkt“: Was kann die DKP in ein mögliches Bündnis einbringen?

Ellen Weber: Die DKP ist eine in den außerparlamentarischen Kämpfen aktive, engagierte politische Kraft. In einigen Städten und Gemeinden Hessens arbeiten seit Jahren kommunistische Gemeindevertreter und Stadtverordnete. In Betrieben genießen Mitglieder unserer Partei das Ansehen ihrer Kollegen. Die DKP verfügt über eine langjährige Kampferfahrung. In ihren Reihen arbeiten Männer und Frauen, die schon unter den Bedingungen des Faschismus Widerstand gegen Hitler geleistet haben und in ihrer Person die besten antifaschistischen Traditionen verkörpern. In ihren Reihen befinden sich diejenigen, die von den Berufsverböten zuerst und am härtesten getroffen werden, die aber nicht resignierten, sondern mutig für die Verteidigung der Verfassung und die dort garantierten Rechte eintreten. Das alles sind äußerst wichtige Momente in den politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit. Die DKP wirkt als eine stabile einigende Kraft.

„blickpunkt“: Welche Chancen gibst du der Zusammenarbeit zwischen den Linken? Würde ein Wahlbündnis das eigenständige Auftreten der DKP behindern?

Ellen Weber: Wir betonen angesichts der Aufforderung, ein Wahlbündnis zu schaffen, die Notwendigkeit der weiteren Verstärkung des außerparlamentarischen Kampfes. Ein Wahlbündnis kann den außerparlamentarischen Kampf nicht ersetzen. Schon aus diesem Grund ist das eigenständige Auftreten

der DKP und die Stärkung der Partei eine bleibende Aufgabe, die den linken Kräften insgesamt nutzt.

Im übrigen: Wir bleiben bei unserer wissenschaftlichen Weltanschauung. Wir halten den Sozialismus für die notwendigerweise zu schaffende Gesellschaftsordnung. Das ist unser Standpunkt. Gleichzeitig wissen wir, daß es noch nicht möglich ist, über viele grundsätzliche Fragen der heutigen Zeit unter allen linken und demokratischen Kräften eine einheitliche Meinung zu erreichen. Vorausgesetzt, wir erhalten den Frieden und bändigen den aggressiven Mr. Reagan und seine imperialistischen Drahtzieher, werden wir Zeit und Gelegenheit haben, gründlich zu erfahren, wer im Wettstreit der Systeme Überlegenheit besitzt. Ich halte es für ausgeschlossen, mit der Lösung der uns bedrängenden Fragen zu warten, bis wir eine einheitliche Meinung über die DDR oder die Sowjetunion haben.

Wir stehen heute vor dem Problem, den Frieden durch Abrüstung zu sichern. Die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen muß verhindert werden. Wenn ich es richtig sehe, gilt es, den Sozialabbau und die Arbeitsplatzvernichtung aufzuhalten. Die Berufsverbote müssen abgewehrt werden. Wir brauchen eine demokratische Schul- und Bildungspolitik. Die Jugendarbeitslosigkeit treibt eine ganze Generation junger Leute in die Verzweiflung. Die Konzerne und Banken vergiften Wasser und Luft. Sie fressen unseren Wald und betonieren die Landschaft. Angesichts dieser Lage gilt es, nicht unsere Meinungsverschiedenheiten zu pflegen, sondern die politischen Fragen, die uns verbinden, zur Grundlage des gemeinsamen Handelns zu machen. In den außerparlamentarischen Kämpfen der nächsten Zeit werden sich alle linken und demokratischen Kräfte noch besser kennenlernen und über die Lösung der uns bewegenden politischen Fragen auch näher herankommen an die Lösung von Grundsatzfragen.

Ein Wahlbündnis könnte nur das zum Inhalt haben, worüber Einigkeit in den heutigen Kämpfen schon hergestellt ist. Ich sehe hier viele Gemeinsamkeiten. Sie betreffen das Problem der Friedenssicherung und die vielseitigen Aufgaben zur Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte. Hier können und müssen alle gemeinsam handeln. Außerparlamentarisch ist das schon Praxis. Ob es auch zu einer parlamentarischen Praxis werden kann, wird sich in den kommenden Wochen herausstellen. Unser Angebot liegt auf dem Tisch.

Schreibt dem „blickpunkt“!

Ein Wahlbündnis zu machen, ist sicher keine einfache Sache. Aber es ist machbar. Uns interessiert die Meinung der Bürger unserer Stadt zu diesem Thema. Also, schreibt dem „blickpunkt“!

Umweltbelastung

Unsere Stadt beteiligte sich 1980/81 an einer Untersuchung der Luftbelastung im Kreis Groß-Gerau. Die Universität Gießen schloß nun das Gutachten ab, das die Belastung mit Blei, Schwefel und Cadmium zum Inhalt hatte. Als Versuchsobjekte dienten spezielle Gräser, die an verschiedenen Punkten in unserem Stadtgebiet und im Kreis aufgestellt waren. Als Gegenüberstellung zu den hier gemessenen Werten gibt das Gutachten die Werte von Gießen und die Zulässigkeitsgrenzen der Bundesverordnungen.

Blei: Nach dem deutschen Futtermittelrecht war bis Januar 1981 10 mg/kg TS als Höchstwert zulässig, danach gilt für Blei 40 mg/kg TS als Höchstgrenze. In Gießen wurde 0,75 mg/kg TS gemessen. Der höchste Wert in Mörfelden-Walldorf war 12,35 mg/kg TS.

Schwefel: In Graskulturen sind 2600 bis 4000 mg/kg TS (= 2600 bis 4000 ppm) als Normalgrenze angegeben. In Gießen ermittelte man 4060 in un-

serer Stadt Höchstwerte von 3970 mg/kg TS.

Cadmium: Als Höchstwerte in Futtermitteln wird 0,6 mg/kg TS angegeben. In Gießen wurde 0,09 mg/kg TS festgestellt, in Mörfelden-Walldorf waren es bis 0,31 mg/kg TS.

Das Untersuchungsergebnis beweist, daß die zulässigen Höchstwerte in keinem Fall überschritten wurden. Die Zahlen sind allerdings wegen der ungünstigen Witterung im Untersuchungszeitraum (Regen) nicht unbedingt aussagekräftig. Auch sollte man nicht unbedenklich gegenüber den Einzelwerten sein, denn ein niedriges Einzelergebnis eines Umweltgiftes kann in der Summe der gegebenen anderen Schadstoffe seine Wirkung auf Mensch und Tier vervielfachen. Es gilt in Zukunft mehr als in der Vergangenheit wachsam zu sein gegenüber Umweltbelastungen. Weitere Inanspruchnahme von Waldflächen sollten tabu sein, damit die Filterwirkung des Grüns erhalten und vermehrt wird.

Mehr Geld und Ideen für die älteren Bürger

Wann kommt endlich das schon lange geforderte, von allen für notwendig erachtete Alten- und Pflegeheim.

In der letzten Sitzung der Gesundheitskommission fragte Heinz Hechler nach dem derzeitigen Stand und wie die Versorgung der bedürftigen Bürger aussieht. Der Bürgermeister teilte mit, daß vorerst noch nicht an den Bau dieser Einrichtung gedacht werden kann. Es können sich noch Jahre hinziehen, da ohne Bezuschussung durch das Land, die Stadt ein solches Haus nicht errichten kann. Der Zuschuß für dieses Projekt ist schon seit langem bei dem Land Hessen beantragt, aber bei der derzeitigen Finanzlage bestehen nur geringe Hoffnungen auf baldige Realisierung. Derzeit sind ca. 60 Bürger aus Mörfelden und Walldorf in Pflegeheimen außerhalb unserer Stadt untergebracht. Es wurde nicht verschwiegen, daß die Unterbringung manchmal Schwierigkeiten bereitet, da diese Heime auch oft überbelegt sind. Bedürftige Bürger unserer Stadt müssen nicht selten bis zu 60 Kilometer weit entfernt von ihrem Heimatort eingewiesen werden, was selbstverständlich für die Betroffenen und für die Angehörigen sehr unangenehm ist.

Ärztlicher Notdienst

Wie wir erfahren haben, streben, in erster Linie Walldorfer, Ärzte an, den ärztlichen Notdienst über das Wochenende in Mörfelden-Walldorf zu zentralisieren. Man sucht Räumlichkeiten, in der diese Notzentrale untergebracht werden könnte. Nachdem im Ärztehaus Mörfelden hierfür kein Platz vorhanden ist, wurde bei der Stadt nachgefragt, ob evtl. Räume hierfür zur Verfügung gestellt werden können. Auch will man sich an den Kreis wenden, ob in einer der Schulen diese Zentrale unterzubringen sei.

Diese Zentrale soll dann von einem Arzt und einem kurz vor dem Abschluß stehenden Medizinstudenten evtl. von Universitätsklinik Mainz besetzt werden. Während der Student die ankommenden Bedarfsfälle registriert, würde der Arzt die angeforderten Hausbesuche vornehmen.

Wir stehen vorerst einer solchen zentralen Einrichtung skeptisch gegenüber, weil wir meinen, daß bei der seitherigen Regelung (dezentral, in Walldorf und Mörfelden) jeweils ein ortsansässiger Arzt ansprechbar ist, der sich, wenn auch nicht selbst der Hausarzt des Patienten, unkompliziert mit diesem in Verbindung setzen kann. Wir werden auf jeden Fall die geplante Regelung aufmerksam verfolgen.

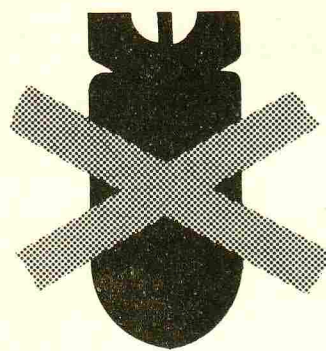
Autoöl ablaufen lassen: Über 2000 Mark Geldstrafe

Staatsanwalt: Gesteigertes Umweltbewußtsein

Von unserem Redaktionsmitglied Norbert Leppert

Zur Abschreckung von Umweltschützern, die es mit den Vorschriften für die Abfallbeseitigung nicht so genau nehmen, hat das Frankfurter Amtsgericht eine verhältnismäßig drastische Geldstrafe verhängt. Weil er vorsätzlich Öl aus seinem Auto laufen ließ, muß ein türkischer Arbeiter (33) jetzt 2250 Mark Strafe (75 Tagessätze à 30 Mark) zahlen.

FR 19-1-82



Keine
neuen
US-Atomraketen

Tja, das darf halt nur die FAG...



Mörfelden gestern

Vor einigen Jahrzehnten aufgenommen an einem trüben Januartag, die Frankfurter Straße. Links das Lebensmittelgeschäft des Küchler, später Knust, dann die Gaststätte „Zur Linde“ (es standen tatsächlich Linden im Hof) und die Bäckerei Zwilling („Bäcker-Heuner“).

Viele der auf dem Foto zu sehenden Häuser haben ihr äußeres Gesicht verändert bzw. wurden aufgestockt. Im Hintergrund sind noch die Lindenbäume der oberen Frankfurter Straße zu sehen. Auffallend noch die heute verschwundenen Telegrafmasten, gegen die so mancher, bei der damals nicht besonders hellen Straßenbeleuchtung, gerannt sein soll. Vielleicht hat sich auch so mancher auf dem Nachhauseweg vom „Sattler“, dran festgehalten?